Die Vorsitzende wies zunächst auf das Ergebnis der Besprechung der sozialpolitischen Sprecher mit Vertretern der Verwaltung und dem Geschäftsführer des Jobcenters am 02.02.2011 zum Thema Arbeitsmarktprogramm hin.

Anschließend erteilte sie Ltd. KVD Allroggen das Wort. Dieser betonte in diesem Zusammenhang, wie wichtig die Fortführung der Gespräche mit der Geschäftsführung sei. Insbesondere sei zu hinterfragen, wie die Geschäftsführung des Jobcenters die vom Bund stark reduzierten Mittel für integrative Maßnahmen den örtlichen Verhältnissen angepasst einsetze. Das für den 15.02.2011 geplante weitere Gespräch mit den sozialpolitischen Sprechern und der Geschäftsführung diene auch der Vorbereitung für die am 17.02.2011 geplante konstituierende Trägerversammlung.

Anschließend ging Ltd. KVD Allroggen zusammenfassend auf den derzeitigen Stand der Verhandlungen mit der Agentur für Arbeit (AA) ein. Zur besseren Lesbarkeit habe die Verwaltung den aktuellen Vereinbarungsentwurf in einer Lesefassung als Tischvorlage verteilt.

Anmerkung:

Die Tischvorlage zur Sitzung ist dieser Niederschrift beigelegt.

Offen sei noch, aus wie vielen Personen sich die Trägerversammlung zusammensetze. Weil hierzu aktuell noch Verhandlungen der Stadt Bonn mit der AA laufen würden und man dem Ergebnis nicht vorgreifen wolle, könne dann ggf. hierzu in der Sitzung des Kreisausschusses am 14.02.2011 ein Beschluss gefasst werden. Beim Thema Ombudsstelle deute sich mit der AA hinsichtlich der Einrichtung dieser ehrenamtlich wahrzunehmenden Funktion und ihrer fachlichen Unterstützung eine Einigung an; Einzelheiten würden noch in einer begleitenden Vereinbarung festgelegt. Damit sei eine Arbeitsfähigkeit dieser Ombudsstelle sichergestellt. Bedauerlich sei, dass sich der Kreis bisher hinsichtlich des Personalschlüssels für die passiven Leistungen nicht habe durchsetzen können. Aus Sicht der Verwaltung sei aber insgesamt schon sehr viel erreicht worden.

Die Vorsitzende bedankte sich bei Ltd. KVD Allroggen und eröffnete die Diskussion. Abg. Kunert betonte, ihre Fraktion könne dem Vereinbarungsentwurf noch nicht zustimmen. Derzeit müssten noch grundlegende Punkte geklärt bzw. nachgebessert werden. Dem schloss sich auch Abg. Deussen-Dopstadt an. Im Anschluss ging sie auf einzelne Details im Vertragsentwurf ein und wies auf die aus Sicht ihrer Fraktion von der ursprünglichen Forderung des Rhein-Sieg-Kreises abweichenden Punkte hin. Heute könne ihre Fraktion noch keinen Beschluss fassen. Auch Abg. Küpper erwähnte lobend die Bemühungen der Verwaltung. Aus Sicht seiner Fraktion könne es noch Bewegung seitens der AA geben und demzufolge sei der Entwurf noch nicht beschlussfähig.

Abg. Eichner wies darauf hin, dass die heutige Diskussion entbehrlich gewesen wäre, wenn man sich im vergangenen Jahr gegen den Willen der Bürgermeisterin/Bürgermeister für eine Option ausgesprochen hätte. Jetzt habe die AA die stärkere Position, und man würde im Falle weiterer Forderungen Gefahr laufen, dass keine vertraglichen Vereinbarungen zustande kämen. Abg. Streng äußerte ebenfalls ihre Bedenken, dem vorliegenden Vertragsentwurf zuzustimmen. In jedem Fall würde sie die für kommende Woche geplante weitere Besprechung der sozialpolitischen Sprecher mit dem Geschäftsführer des Jobcenters abwarten wollen, um erst danach zu einem Beschluss zu kommen.

Ltd. KVD Allroggen erläuterte, der Rhein-Sieg-Kreis sei gesetzlich gezwungen, eine

gemeinsame Einrichtung mit der AA einzugehen, da man sich nicht für die Option ausgesprochen habe. Sofern keine vertraglichen Vereinbarungen mit der AA zustande kämen, würde man auf die durch das Gesetz vorgegebenen Grundlagen zurückfallen. Eine Reihe von Regelungen im Vereinbarungsentwurf könnten dann nicht umgesetzt werden. Die Vorsitzende betonte, dass von Seiten der Politik keinesfalls Kritik am Verhandlungsergebnis der Verwaltung gegenüber der AA geübt werde.

SkB Bruch bat Ltd. KVD Allroggen unter Hinweis auf diverse Zeitungsartikel um Darlegung, auf welche Weise die Verwaltung auf die Geschäftsführung des Jobcenters Einfluss nehmen könne, wenn Missstände bekannt würden. Ltd. KVD Allroggen betonte, dass die Verwaltung zwar mit der Geschäftsführung Kontakt aufnehmen würde, wenn Missstände bekannt würden, jedoch keinen unmittelbaren Einfluss habe, diese abzustellen.

Die Vorsitzende fasste zusammen, dass Einigkeit darüber bestehe, keine Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss auszusprechen. Die Verwaltung werde gebeten, die Verhandlungen mit der AA fortzuführen. Ltd. KVD Allroggen fragte nach, ob denn in der Kreisausschusssitzung am 14.02.2011 ein Beschluss gefasst werden könne, damit die konstituierende Trägerversammlung am 17.02.2011 stattfinden könne. Die Mitglieder des Ausschusses waren sich einig, dass dies auch vom Ergebnis der weiteren Verhandlungen der Stadt Bonn mit der AA abhängt.